

25. Juni 2024

Stellungnahme des Rats für Migration

Nach Appell an Bundeskanzler Scholz: Die politische Neutralisierung von Migrant*innenorganisationen und demokratisch geförderter Zivilgesellschaft in Sachsen verteidigen

Am 24. Juni haben sich mehr als 100 überwiegend ostdeutsche Vereine und Stiftungen an Bundeskanzler Olaf Scholz gewandt, da ihr Einsatz für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit akut bedroht wird.

In Sachsen lassen sich ähnliche Entwicklungen am Beispiel des zerschlagenen Dachverbands sächsischer Migrant*innenorganisationen (DSM) beobachten, der im Zuge eines Sonderberichts des Sächsischen Rechnungshofs in die Insolvenz getrieben wurde. Sie laufen auf ähnlich demokratiefeindliche Argumentationen hinaus: Ein Verbot jedweder politischer Betätigung als Fördermittelempfänger:innen.

Der Rat für Migration stellt sich solidarisch hinter die geplante Neugründung des Dachverbands Sächsischer Migrant*innenorganisationen und die im Weiteren betroffene organisierte Zivilgesellschaft in Sachsen.

Eine wissenschaftliche Einschätzung des Vorgangs, der letztendlich zur Auflösung des DSM führte, stellen wir Ihnen **in einer Expertise** zur Verfügung.

Folgende Vorschläge sind an die Sächsische Gesetzgeber:innenschaft zu richten:

- Das Verbot jedweder politischer Betätigung in der Richtlinie Integrative Maßnahmen ist umgehend und ersatzlos zu streichen.
- Zuwendungsempfänger:innen sind rückwirkend als abhängige Akteure nicht für gesetzgeberisches Versagen und sich daraus ergebende Rechtsfolgen in der Praxis haftbar zu machen.
- Im Umkehrschluss ist in den relevanten Regularien des Sächsischen Rechnungshofs eine Begründungspflicht für einseitig intransparente Prüfverfahren hinzuzufügen, die mögliche wirtschaftliche wie soziale Schäden durch Selbige in Rechnung stellt. Damit hat der Sächsische

Rechnungshof jenseits legalistischer Ausflüchte Verantwortung für die mittelbaren wirtschaftlichen (genuin sein Aufgabengebiet betreffenden) und damit auch sozialen Rechtsfolgen seiner Empfehlungen zu übernehmen.

- Da die noch dürftigere regulatorische Ausgestaltung des Sächsischen Rechnungshofs im Vergleich zur Bundesebene davon zeugt, dass ihm bisher weder an effektiver Selbstbegrenzung, geschweige denn an demokratischer Kontrolle gelegen ist, ist ferner ein gesetzgeberisches Verfahren einzuleiten, das eine effektive demokratische Kontrolle des Rechnungshofs in Hinblick auf seine eigenen Pflichten zur politischen Parteinahme für die Werte der FdGO von oben nach unten ermöglicht, die sich auf Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaat beschränken.¹² Zudem ist die Führungsebene des Rechnungshofs selbst parteipolitisch unabhängig zu besetzen.
- Es sind Förderverfahren entlang folgender Merkmale zu entwickeln:
 - Wechselseitige Transparenz
 - Paritätisch-demokratische Kontrolle unter Einbeziehung aller zu fördernden Akteursgruppen
 - Fehlerfreundlichkeit und Prozessorientierung
 - Orientierung an intersektional-antidiskriminatorischen Prinzipien und den Prinzipien migrationsgesellschaftlicher Teilhabe
 - Bedarfsorientierung, laufend aktualisiert entlang des praktischen Erfahrungswissens der Förderlandschaft und den Expertisen der entsprechenden Fachverbände
 - Notwendige ökonomisch-quantifizierende Erwägungen in der Fördermittelvergabe sind gegenüber quantitativen wie qualitativen Bedarfen der Förderlandschaft zu rechtfertigen und nicht umgekehrt.

Kontakte für Presseanfragen

Felix Hoffmann

***Bitte über info@rat-fuer-migration.de

Die Stellungnahme des Rats für Migration basiert unter anderem auf Forschungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, die Mitglieder und andere Wissenschaftler:innen in den letzten Jahren durchgeführt haben. Eine Auswahl:

Bast, Jürgen/von Harbou, Frederik/Wessels, Janna, Human Rights Challenges to European Migration Policy. The REMAP Study, Baden-Baden 2022.

Farahat, Anuscheh/Markard, Nora, Recht an der Grenze: Flüchtlingssteuerung und Schutzkooperation in Europa, Juristenzeitung (JZ) 2017, S. 1088–1097.

Frei, Nula/Hruschka, Constantin, Verantwortungsteilung im Dublin-Raum – aktueller Stand und Entwicklungsperspektiven. In: S. Breitenmoser, P. Uebersax und P. Hilpold (Hrsg.), Schengen und Dublin in der Praxis, Zürich/St. Gallen 2023, S. 550-571.

Heins, Volker/Wolff, Frank, Hinter Mauern. Geschlossene Grenzen als Gefahr für offene Gesellschaften, Berlin 2023.

Hess, Sabine/Karamanidou, Lena/Kasperek, Bernd, The Expanding Significance of Borders for the European Migration Regime after 2015. In: S. Barthoma und Ö. Cetrez (Hrsg.): Responding to migration: A holistic perspective to migration governance. Studies in Global Migration: Societal Challenges. Uppsala 2021.

Hess, Sabine; 5 Jahre später: EU-Europas neues-altes Grenzregime als Grenze der Demokratie. In: Valeria Hänsel, Matthias Schmid-Semper, Nina Violetta Schwarz (Hg.): Grenzregime IV. Assoziation A, 2022.

Hruschka, Constantin/Rohmann Tim, [Excluded by crisis management? Legislative hyperactivity in post-2015 Germany](https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/imig.12926). In: Z. Yanasmayan (Hrsg.), Post-2015 Refugees in Germany: “Culture of Welcome”, Solidarity, Exclusion? International Migration 61/3, 2021, S. 12-24, verfügbar unter: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/imig.12926>

Kasperek, Bernd, Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex, Bielefeld, 2021.

Kuster, Brigitta/Tsianos, Vassilis S., Hotspot Lesbos. «Aus den Augen, aus dem Sinn» – Flüchtlinge und Migranten an den Rändern Europas. Berlin 2016, Heinrich-Böll-Stiftung, verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/160802_epaper_Kuster_tsianos_hotspotlesbos_v103.pdf.

Pelzer, Marei, Die Rechtsstellung von Asylbewerbern im Asylzuständigkeitssystem der EU, Baden-Baden, 2020.

Pichl, Maximilian, Der »Moria-Komplex«. Eine Studie im Auftrag von medico international, Frankfurt am Main, 2021.

Tsianos, Vassilis S., Hotspots und die europäische Grenzarchitektur. Zur Ethnografie einer Erfassungsform. In: S. Lessenich (Hrsg.): Geschlossene Gesellschaften. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016, 2017.

Ziebritzki, Catharina/Nestler, Robert, 'Hotspots' an der EU-Außengrenze. Eine rechtliche Bestandsaufnahme. Arbeitspapier. Max Planck Institute for Comparative Public Law & International

Law (MPIL) Research Paper No. 2017-17, verfügbar unter SSRN: <https://ssrn.com/abstract=3028111>
oder <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3028111>